



Nr. 536. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 15. November 1876.

Deutschland.

Berlin, 14. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgericht Rath Balan zu Breslau den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife; dem Bürgermeister und Gutsbesitzer Kaumanns zu Omagen im Kreise Bergheim und dem Steuer-Cinnehmer Berndt zu Regenwalde den Roten Adlerorden 4. Klasse; dem gewerkschaftlichen Bergwerks-Director Türk auf Zeche Johannes-Erbstolln zu Hildinghausen im Kreise Dortmund den Königlichen Kronen-Orden 4ter Klasse verliehen.

Die Intendantur-Secretäre Goldbach, Schmidt, Niedhardt vom Garde-Corps, Seidelmann vom III. Armee-Corps sind zu Geheimen expedirenden Secretären und Calculatoren, die Intendantur-Registratoren Wilke und Haller vom III. Armee-Corps, Bohl, Bornschein, Weiß und Hasenpflatt vom Garde-Corps und der Journalist Kajisché vom Kriegsministerium zu Geheimen Registratoren im Kriegsministerium ernannt worden. — Am Französischen Gymnasium in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Carl Oskar Weikenfeld zum Oberlehrer befördert worden.

Berlin, 14. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute nach den militärischen Meldungen die Vorträge des Militär-Cabinets und des Polizei-Präsidenten von Madai entgegen und empfingen die Staats-Minister von Bülow und Hofmann, sowie den diesseitigen Botschafter am Kaiserlich österreichischen Hofe, Grafen zu Stolberg-Wernigerode.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] trafen gestern Vormittags 11½ Uhr von Potsdam hier ein, statteten Sr. Majestät dem Kaiser einen Besuch ab und waren längere Zeit auf dem Deutschen Bazar zum Besuch der Lehrerinnen-Pensions-Anstalt im Prinzessinnen-Palais anwesend. Höchst dieselben kehrten Nachmittags 3½ Uhr nach dem Neuen Palais zurück. (Reichsanzeiger)

[Militär-Wochenblatt] v. Appel, Hauptm. und Comp.-Chef im Hannov. Jäger-Bat. Nr. 10, als aggr. zum 1. Oberöfles. Inf.-Regt. Nr. 22, v. Glinsky, Pr.-Lt. vom 1. Oberöfles. Inf.-Regt. Nr. 22, unter Beförderung zum Hauptm. und Comp.-Chef, in das Hannov. Jäger-Bat. Nr. 10, verlegt. Zimmermann, Sec.-Lt. vom 1. Oberöfles. Inf.-Regt. Nr. 22, zum Pr.-Lt. befördert. Kupfer, Hauptm. und Comp.-Chef im Westfäl. Jäg.-Regt. Nr. 37, unter Beförderung zum Überzahl. Major, dem Regt. aggregirt. Lenz, Pr.-Lt. vom Oberschles. Feld-Art.-Regt. Nr. 21 und commdr. bei der trigonometrischen Landes-Aufnahme, unter Belassung in diesem Commando, zum Überzahl. Hauptm. befördert. Graf v. Bredow, Sec.-Lt. vom 1. Leib-Hut.-Regt. Nr. 1, als aufersetzt. Sec.-Lt. in das Schles. Feld-Art.-Regt. Nr. 6 verlegt. v. Preinrich, Oberst-Lt. a. D., zuletzt Major und Abtheil.-Commdr. im Ostpreu. Feld-Art.-Regt. Nr. 1, mit seiner bisher. Bens. und der Erlaubnis zum fernernen Tragen der Unif. der reitenden Art. des Ostpreu. Feld-Art.-Regts. Nr. 1, zur Disp. gestellt. Hartmann, Major a. D. und Regt.-Commdr. des Ober-Öfsl. Ref.-Landw.-Bats. (Mühlhausen i. E.) Nr. 99, von dieser Stellung, unter Ertheilung der Erlaubnis zum Tragen der Unif. des 2. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 28, entbunden. Maube, Major a. D., zuletzt Hauptm. und Comp.-Chef im 2. Oberöfles. Inf.-Regt. Nr. 23, unter Stellung zur Disposition mit seiner Pension zum Bezirks-Commandeur des Ober-Öfsl. Ref.-Landw.-Bats. (Mühlhausen i. E.) Nr. 99, ernannt. Lemhöfer, Rofarzt vom Schles. Feld-Art.-Regt. Nr. 6, unter Versetzung zum 2. Mecklenburg. Drag.-Regt. Nr. 18, Lüchau, Rofarzt vom Oberöfles. Feld-Art.-Regt. Nr. 21, unter Versetzung zum Pomm. Drag.-Regt. Nr. 11, zu Ober-Rofarzten befördert.

○ Berlin, 14. Nov. [Die Pariser Ausstellung. — Die Arbeiter-Verhältnisse. — Das italienische Ministerium.] Schon wiederholt ist an dieser Stelle gegen die Nachrichten Einspruch erhoben worden, welche über angebliche Beschlüsse und Absichten der Reichsregierung in Betreff der Pariser Weltausstellung verbreitet wurden. Jetzt wird wieder verschiedenen hiesigen und auswärtigen Blättern gemeldet, daß eine Vorlage über die Beteiligung Deutschlands für den Reichstag bereits beschlossen sei. An diese Nachricht wird dann eine lebhafte Discussion über die Höhe der aus Reichsmitteln zu gewährenden Mittel geknüpft. Wir glauben versichern zu können, daß ein Beschluß der erwähnten Art bisher nicht gefaßt ist. Die Angaben einzelner Blätter über die Stellung der verschiedenen Ressorts zu der Frage wegen Theilnahme Deutschlands an der Ausstellung stimmen übrigens durchaus nicht mit dem wirklichen Sachverhalt überein und enthalten in sich selbst schon den Beweis, daß die Referenten nicht aus unterrichteter Quelle geschöpft haben. — Aus der Provinz Sachsen wird in zuverlässigen Berichten mitgetheilt, daß sich unter der Arbeiterklasse im Allgemeinen wieder normale Zustände bilden, und daß mehr und mehr auch die Präventionen und unberechtigten Forderungen der Arbeiter schwinden. Da der Mangel an Arbeitskräften nicht mehr so fühlbar ist, so scheinen sich auch die Gesindeverhältnisse merklich zu bessern. Dagegen mehren sich im Handwerkstande die Klagen über ungenügend ausgebildete und unbrauchbare Gesellen und über entlaufenen Lehrlinge. Dieser Nebelstand führt dahin, daß viele Handwerksmeister schon keine Lehrlinge mehr halten. Auf solche Weise muß aber der Handwerkstand immer mehr sinken, wenn nicht bald im Wege des Gesetzes der Willkür der Gejellen und Lehrlinge Schranken gesetzt werden. — Die gestrigen Mittheilungen der „Köln. Ztg.“ aus Rom haben begreiflicher Weise großes Aufsehen gemacht. Falls sie sich bestätigen, so wäre erwiesen, daß das jenseitige italienische Ministerium in der großen Zeitfrage über die Ordnung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat die Rechte des Staates in energischer Weise wahrzunehmen gedenkt. Jedensfalls hat die Nachricht schon deshalb die Wahrscheinlichkeit für sich, weil in der That das gegenwärtige Ministerium über die kirchlichen Verhältnisse anderen und correcteren Auffassungen huldigt, als seine Vorgänger.

= Berlin, 14. Nov. [Der Handelsvertrag mit Österreich. — Der Reichskanzler.] Bezüglich der vor der Reichsregierung eingeleiteten Vorarbeiten für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn erfahren wir nach genaueren Erkundigungen, daß beabsichtigt wird, eine Anzahl von Reichs-Commissionen nach Wien zu entsenden und daß bei der Wahl derselben darauf Bedacht genommen werden soll, durch Kenntniß der besonderen Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten den Wünschen derselben Rechnung zu tragen, so daß die Commissare aus verschiedenen Bundesstaaten gewählt werden möchten. Es wird indessen die Sendung der Commissare erst erfolgen, wenn die jetzt eingeleiteten Vorarbeiten auf dem Correspondenzweg abgeschlossen sein werden. — Nach den neuesten Bestimmungen ist der Ankunft des Reichs-Kanzlers schon für die allernächsten Tage entgegenzusehen. — Die Justiz-Commission des Reichstages war heute noch einmal zur Ergänzung früherer Beschlüsse zusammengetreten. — Aus der Uebersicht der ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches, der Staatsüberschreitungen für das Jahr 1875 ergiebt sich eine Gesamt-

ausgabe von 489,262,238,41 M. An Resten sind verblieben 185,417,151,05 M. Das Staats-Soll betrug 515,018,563,00 M. Demselben sind an Restenfonds aus dem Vorjahr hinzugekommen 132,996,343,98 M., mithin Gesamt-Soll 648,014,906,98 M., gegen das Gesammt-Soll beträgt die Summe der Ausgabe: 26,664,482,48 M. Die zu genehmigenden Staatsüberschreitungen bzw. außerstaatlichen Ausgaben betragen 21,061,216,34 M. Dagegen beträgt die Einnahme 555,200,859,84 M. An Resten sind verblieben 136,389,369,73 M. Die zu genehmigenden Staatsüberschreitungen betragen 5,381,068,70 M. Nach Abzug der Ausgabe bleibt ein Bestand von 65,938,621,43 M. Nach weiteren Abzügen aller Verrechnungen mit den verschiedenen Bundesstaaten ergiebt sich für das Jahr 1875 ein Überschub von 16,144,468,11 M. Die zu genehmigenden Staatsüberschreitungen bzw. außerstaatlichen Ausgaben betragen 27,238,208,04 M. Interessante Aufschlüsse geben die umfassenden Motive der Staatsüberschreitungen. So z. B. sind die bedeutenden Überschreitungen für Brot-Fourage-Victualien- u. Verpflegung der Truppen durch die in den letzten Jahren eingetretenen allgemeinen Preisseiterungen der Naturarten und die erhöhten Sätze durch das neue Naturalleistungsgesetz gerechtfertigt. Die Manöverkosten sind aus gleichen Gründen, ferner durch Mehrausgaben für Holz und Stroh zu den Bivouac's und die sehr hohen Entschädigungssummen für Flurschäden bedeutend überstiegen. Ferner haben die hohen Pferdepreise die Ankaufskosten für Pferde bedeutend erhöht. Es ist dabei ausdrücklich gesagt: „wenngleich auf ein Sinken der hohen Pferdepreise fürs erste nicht zu rechnen sein wird, so hat die Militärverwaltung doch auf den möglichst billigeren Ankauf von Pferden im Auslande nicht eingehen zu dürfen geglaubt, weil im nationalökonomischen Interesse die möglichste Hebung der inländischen Pferdezucht erwünscht erscheint, wodurch zugleich für den Fall einer Mobilisierung das Vorhandensein einer genügenden Zahl geeigneter Augmentationspferde im Inlande möglichst gesichert wird u. s. w.“

■ Berlin, 14. Nov. [Reform des Gefängniswesens. — Rittergutsqualität. — Neuer Buß- und Betttag. — Petitionen zu den Justizgesetzen. — Russische Intervention gegen deutsche Journale. — Deutsch-russische Verkehrsförderung.] Die Reform des Gefängniswesens steht schon seit Jahren auf dem Wunschzettel der liberalen Parteien und im Reichstage, wie im Abgeordnetenhaus wurden wiederholt Resolutionen beschlossen, welche die Vorlage einer neuen Gefängnisordnung verlangten. Die Reichsjustiz-Commission hat bei der Berathung der Strafprozeß-Ordnung mittelst einiger Cautelen für den Inhaftirten diesem Theil der Reformgesetze vorzuarbeiten gesucht, indem sie zum § 414 zwei Zusatzparagraphen einbrachte, welche dem Verurtheilten die Beschwerde über die Strafvollstreckung während derselben gestatten und die Dauer des Aufenthaltes in einer Kranken-Anstalt in die Strafzeit einrechnen wollten. In den betreffenden Commissionenverhandlungen hat sich wiederholt der Wunsch geltend gemacht, daß eine gerichtliche Entscheidung über Gesetzesverlezung im Strafvollzug gegeben sein müsse. Es sei auch nötig, daß ein Gericht des Strafverteidigers einheitlich entscheide und die Entscheidung des obersten Gerichts angerufen werden könne. Die Vertreter der Regierung verwiesen jedoch dafür auf eine später zu beschließende Gefängnisordnung. In der Commission wurde ein Unterschied gezogen zwischen Beschwerden über Gesetzesverlezung und Verlezung der Regulative (Haussordnung u. c.). Letztere müßten bei der Verwaltung angebracht werden, und im Falle eines Conflicts zwischen den Ansichten der Verwaltung und den Forderungen der Gerichte würde eine Entscheidung durch eine angemessene gemischte Behörde vielleicht das Geeignete sein. Unter Anerkennung der Schwierigkeiten blieb ein Theil der Commissionenmitglieder vorläufig bei dem Commissionsbeschuß, ein anderer Theil ließ ihn fallen. Vom Abg. Schwarze ist ein Vermittelungsantrag eingebracht worden, welcher die Entscheidung in den Fällen des § 414a dem Oberlandesgericht übertragen wollte. Obgleich dieser Antrag vielfach Zustimmung fand, so wurde doch schließlich der Zusatzparagraph (414a) von der Commission mit Stimmengleichheit abgelehnt. — Man hätte nach Erlass der Kreis- und Provinzialordnung glauben können, daß die Institution der Rittergüter in den preußischen Provinzen völlig beseitigt sei. In einem neuерlichen Erlass an die Oberpräsidenten hat aber der Minister des Innern festgestellt, daß die Rittergutsqualität auch jetzt noch in mehrfacher Beziehung von Bedeutung ist, namentlich für die Theilnahme an den Präsentationswahlen zum Herrenhause, an communalständischen und landständischen Credit- und Versicherungsverbänden. Deshalb hält Graf Eulenburg es auch für nothwendig, die Rittergutsmatrizen in Betreff des Bestandes der Ritterguts-Eigenschaft der darin eingetragenen Güter präsent zu erhalten, insbesondere die erforderlichen Löschungen zu bewirken, sobald ein Gut die für die Erhaltung der Ritterguts-Eigenschaft bestehenden besonderen Bedingungen nicht mehr erfüllt, entweder in Folge von Zerstückelungen der Substanz oder bei der nur für die Bestzeit einer bestimmten Familie verliehenen Rittergutseigenschaft im Falle einer Veräußerung. Der Zopf hängt dem preußischen Staate noch immer hinten. — Ein allgemeiner Buß- und Betttag des deutschen Reiches, für den sich die badische Landesphysiotherapie erwärmt und neuerdings auch die Geistlichkeit der freien und Hansestadt Bremen ausgesprochen hat, wird wahrscheinlich im nächsten Jahre ins Leben gerufen werden. Die aus Deputirten der deutschen Landeskirchen bestehende Eisenacher Kirchen-Conferenz wird darüber beschließen und die deutschen Cultusminister haben schon vorher ihre Zustimmung erklärt. So wird also dieser Uebertreff vergangener Jahrzehnte wohl conservirt bleiben. — Ueber das Schicksal der zahlreichen Petitionen, welche zu den Justiz-Rechtsgefechten im Reichstage eingekommen, ist in der letzten Sitzung der Reichsjustizcommission theilweise entschieden worden. Eine ansehnliche Anzahl derselben, betreffend die Handelsgerichte, die Rechtsanwälte, die Eidessformel, die Stellung der Standesherren u. c. gelangte durch die betreffenden Referenten zum Vortrage und die Commission beschloß ihre Ueberweisung an das Plenum des Reichstages. — Gute Vernehmungen nach ist auf diplomatischem Wege Seitens der russischen Regierung Beschwerde über die oppositionelle Haltung zweier Berliner Journals gegen die Orientpolitik Russlands geführt worden. Es wird nicht angenommen, daß die russische Regierung auf eine Abhilfe gebrungen, weil sie einerseits den Charakter der unabhängigen deutschen

Presse kennen und andererseits wissen dürfte, daß die deutsche Regierung sich als unverantwortlich für die bezüglichen Angriffe erklären müßte. Somit bleibt nur die Auffassung übrig, daß von russischer Seite ein Anlaß ergriffen wurde, um der Verbreitung über den Stimmungswandel in einem Theil der deutschen Presse und der öffentlichen Meinung Raum zu geben der sich namentlich seit der Moskauer Erklärung des Czars bei uns kund giebt. Eben weil man weiß, daß die deutsche Regierung alle Wege der Friedensvermittlung betreten, ist man hier nichts weniger als geneigt, einem Kriege für überwiegend slavische Interessen besondere Sympathien zu leihen. Einer unserer Minister, der nicht im Verdachte liberalisierender Neigungen steht, sagte dieser Tage: „Ein Krieg für den Pan Slavismus ist für uns ein Revolutionskrieg und dies muß Deutschland beherzigen.“ Unsere Handels- und Industriekreise sind über die offizielle Nachricht einer theilweisen Mobilisierung der russischen Armee sehr verstimmt. Der Handel mit Russland ist bekanntlich schon seit zwei Jahren vermöge der allgemeinen wirtschaftlichen Krise und speziell wegen der leidigen Zollverhältnisse und Grenzplakette ohnehin auf's Neuerste bedränkt. Nun gefällt sich noch zu der bestehenden Kriegsfürcht, die in erster Linie schwer auf die Creditverhältnisse in Ostpreußen einwirkt, die unvermeidliche Verkehrsstörung in Folge des Transports von Truppen und Kriegsmaterial. So wird bereits aus Sydkihnen hierher gemeldet, daß die Waarenbeförderung auf der Strecke Brest-Kiew eingestellt ist. Man hat in Deutschland noch genug an den Ueberresten der drei letzten Kriege zu zahlen und es lautet wenig trostlich, wenn heute von zustehender Seite gemeldet wird, daß im hiesigen Auswärtigen Amte die Hoffnungen auf das Zustandekommen der Conferenz in Konstantinopel als ausgegeben betrachtet werden.

[Der Kaiserlich deutsche Botschafter Fürst von Hohenlohe] ist auf seinen Posten in Paris zurückgekehrt und hat die Leitung der Kaiserlichen Botschaft wieder übernommen.

[Das Staatsministerium] trat gestern Mittag um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

* [Aus der Justiz-Commission.] Die Commission berieb heute die Vorschläge der Redactions-Commission über das Verfahren und die Kosten beim Verfahren des auf Antrag gegen Ablehnung der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Strafsverfahren.

§ 148 Abs. 2 wird mit großer Majorität in folgender Fassung angenommen:

Der Antrag muß die Thatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen und die Beweismittel angeben, auch von einem Rechtsanwalt unterzeichnet, bei dem für die Entscheidung zuständigen Gericht angebracht sein.

Bezüglich des Princips, nach welchem dem Antragsteller die Kosten aufzulegen seien, falls der Beschuldigte freigesprochen wird, sind in der Redactions-Commission vier verschiedene Ansichten aufgetreten, theils wollte man die Frage dem Ermeister des Gerichts überlassen, theils nur im Fall von bösem Willen die Kosten auslegen, theils Mittelwege einschlagen.

Unter diesen Umständen einigte sich die Commission darin, die Kosten dem Antragsteller aufzulegen, falls dem Antrag nicht stattgefundet oder Beschuldigter freigesprochen wird, dem Gericht jedoch die Ermächtigung zu geben, nach Umständen die Kosten teilweise oder ganz zu erlassen.

§ 424 a wird angenommen in der Fassung:

Wird in dem Falle des § 148 der Angeklagte außer Verfolgung gestellt oder freigesprochen oder das Verfahren eingestellt, so finden auf den Antragsteller die Bestimmungen des § 424 Abs. 2, 3, 4, 5 entsprechende Anwendung. Das Gericht kann jedoch nach Beenden der Umstände den Antragsteller von der Tragung der Kosten ganz oder teilweise entbinden. Vor der Entscheidung über den Kostenpunkt ist der Antragsteller zu hören, falls er nicht als Nebenkläger auftritt.

§ 148 d und 148 e werden nach den Anträgen der Redactions-Commission angenommen.

Guben, 13. Nov. [Der fünfte brandenburgische Städtestag] trat heute Nachmittag in der städtischen Turnhalle zur Erledigung einiger dringenden Angelegenheiten zusammen. Vertreten waren 37 Städte durch 48 Deputirte. Der Vorsitzende des Städtestages, Bürgermeister Fritsche, teilte unter Anderem mit, daß der Vorstand betreff des Zusammenwirkens mit den übrigen Städten der Monarchie die geeigneten Schritte gethan habe, bis jetzt aber ohne sichtbaren Erfolg; ebenso finde die vom preußischen Städtestag angeregte Idee eines gemeinsamen Städtestages für die ganze Monarchie keinen Anklang. Die Bemühungen um Errichtung einer gemeinsamen Wittwenpensionskasse für die Provinz seien noch nicht zum Abschluß gediehen, auch die Aufstellung einer Wohlhabenheitsstatistik zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Städte befindet sich noch in der Schwebe, verspreche aber einen erfreulichen Fortgang. — Dem brandenburgischen Städtestag gehören gegenwärtig 74 Städte, und zwar 33 aus dem Regierungsbezirk Potsdam und 41 aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. als Mitglieder an. — Es folgte sodann die Verathung mehrerer Anträge.

Posen, 13. Nov. [Die hiesige Regierung] hat es auf Anfrage der Schulbehörden zur Zeit noch nicht für ratsam erklärt, die Einführung der deutschen Unterrichtssprache bei dem Religionsunterricht der polnisch-katholischen Schulen in den hiesigen städtischen Schulen anzurufen. Sie glaubt aber auch, daß das jetzige Verfahren, nach welchem die katholischen Kinder je nach ihrer Fertigkeit im Deutschen entweder der deutschen oder der polnischen Religionsabtheilung zugewiesen werden, ausreiche, um Polonisierungsvorwürfen entgegen zu treten.

Crefeld, 13. Nov. [Die hiesige Handelskammer] hat heute eine Petition an den Reichstag für die Erhaltung der Handelsgerichte abgeändert. Dieselbe schließt mit folgendem Antrage: „Hoher Reichstag wolle unter Befreiung des Vorschlags, daß die Entscheidung in Handelsachen bei den Landgerichten durch Handelsstammern unter Mitwirkung laufmännischer Handelsrichter zu erfolgen habe — im Anschluß an die in der Regierungs-Vorlage des Entwurfs eines Gerichtsverfassung-Gesetzes enthaltenen Bestimmungen die Beibehaltung und Errichtung von selbständigen Handelsgerichten den Landesjustizbehörden mit der Maßgabe gestatten, daß ein laufmännischer Vorsitzender für diese Gerichte je nach den localen Gewohnheiten und Bedürfnissen zulässig bleibt.“

Eisenach, 14. Novbr. [Gegen Wanderlager.] Nach dem Vorgange des Gewerbevereins zu Sondershausen hat auch hier Seitens der Kaufleute und Gewerbetreibenden, sowie des hiesigen Gewerbe-Vereins wiederum eine Agitation gegen die sogenannten Wanderlager begonnen. Diese besondere Art des Haushandels weist sich in den thüringischen Staaten der Besteuerung zu entziehen und bringt den Gewerbetreibenden dabei empfindlichen Schaden; es werden Petitionen an die Einzel-Regierungen und Landtage vorbereitet.

Mainz, 13. Nov. [Auf Requisition der Oberprocuratur des Landgerichtes zu Köln] ist das hiesige Untersuchungsamt mit der „Erhebung über die Autorschaft und den Einsender“ des kürzlich vom „Mainzer Journal“ veröffentlichten Schreibens des Exzessbischöfes Dr. Paulus Melchers bezüglich Uebernahme von Religions-

lehrerstellen u. s. w. besetzt worden, und wurde demgemäß „in der gegen den gewesenen Erzbischof eingeleiteten Strafprocedur wegen unbefugter Anmaßung von Amtshandlungen“ sowohl Haussuchung in der Offizin, wie auch die Vernehmung des Redactionspersonals des „Mainzer Journals“ angeordnet. Ein Mitglied der Redaction verweigerte vor dem Untersuchungsrichter jede Auskunft, worauf denselben eröffnet wurde, daß die gesetzlichen Zwangsmittel zur Anwendung gebracht werden würden. Auch der verantwortliche Redakteur ist am 8. d. Ms. vernommen worden. Derselbe erklärte eiflich, daß er weder den Absender noch den Adressaten des betreffenden Schreibens kenne.

Mainz, 14. Novbr. [Recurss.] Wie das „Mainzer Journal“ erfährt, hat die Staatsbehörde gegen die Entscheidung des Obergerichts, durch welche die Kompetenz des Bezirksgerichts in der Klagefache gegen den dortigen Bischof verworfen wurde, Cassationsrecurs erhoben.

Saarbrücken, 13. Nov. [Zum Marpinger Muttergottes-Schwindel] wird geschrieben: Vorgestern Abend wurden die drei Marpinger Kinder hierher gebracht, denen angeblich die Mutter Gottes erschienen sein soll. Die Kleinen haben nunmehr positiv eingestanden, daß sie gelogen haben und die ganze Geschichte erfunden sei. Das Vormundshaftigericht in St. Wendel hat darauf verfügt, daß die Kinder auf Grund des § 55 des revidierten Strafgesetzes in eine Erziehungsanstalt zu verbringen seien. Da die Kinder in dem im Gange befindlichen Strafprozeß gegen die Urheber des Marpinger Schwindels noch als Zeugen gebraucht werden könnten, ist ihre vorläufige Unterbringung in der hiesigen Waisenanstalt verfügt worden. Der Herr Landrat Rumshöft von St. Wendel hat sich, nachdem die Marpinger Geschichte diesen tragischen Ausgang genommen hat, zu folgender Bekanntmachung veranlaßt gesehen:

Nachdem die sogenannten begabten 3 Kinder von Marpingen ihre früheren Erzählungen über angebliche Erscheinungen der Muttergottes, des Teufels u. s. w. in der hiesigen widerrufen und die Erklärung abgegeben haben, daß ihre bezüglichen Angaben über das, was sie gesehen, gehört und gefühlt haben wollten, von ihnen erfunden und erlogen seien, so hat es nicht nötig erschien, die polizeilichen Maßnahmen noch weiterhin aufrecht zu halten, welche zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung haben getroffen werden müssen, und ist daher insbesondere auch die Polizeiverordnung wegen des Betretens der Walddistrikte Hertelwald und Schwammeck wieder aufgehoben worden. St. Wendel, den 9. Nov. 1876.“

München, 13. Nov. [Erklärungen.] Wie man den „Neuesten Nachr.“ mittheilt, sollen zwischen der bayerischen Regierung und dem Vatican gegenseitige Erklärungen stattgefunden haben, in Folge deren der Vatican dem Nuntius versöhnliche Instructionen zugehen ließ unter der Bedingung, daß die bayerische Regierung sich nicht von dem Concordat entferne. Die Redaktion der „Neuest. Nachr.“ bemerkte: „Wir geben diese Nachricht, für deren Nichtigkeit wir nicht einstehen, mit allem Vorbehalt. Sollte sie richtig sei, so will uns scheinen, daß es vielmehr am Vatican wäre, Garantien dafür zu geben, daß er und die Bischöfe nicht länger den klaren Bestimmungen des Concordats zu widerhandeln. Wir erinnern z. B. nur an die Bekündigung der Bulle über die päpstliche Unfehlbarkeit ohne Zustimmung des Königs, an die flagranten Uebergriffe des Bischöfe in rein weltliche Angelegenheiten (z. B. die Wahlurteile) u. c.“

Karlsruhe, 14. Nov. [Der katholische Pfarrer Wacker] von Kadelburg, der sich der Philologie zugewandt und geheirathet hat, ist nach der von ihm abgegebenen Erklärung definitiv aus dem Kirchendienste ausgetreten und hat somit seinerseits auf das Pfunde-Einkommen verzichtet. Damit ist das Ministerium für diesmal der Entscheidung, wie es sich verheiratheten altkatholischen Geistlichen bezüglich des Pfunde-gusses gegenüber stelle, glücklich überhoben.

4 Straßburg, 13. Nov. [Industrieller Sondergeist.] — Die künftigen Reichstags-Wahlen und die hiesigen Deutschen.] Aus Mühlhausen kommt die ziemlich überraschende Nachricht, daß die dortigen Industriellen und diejenigen der Umgegend die Beteiligung an der Pariser Ausstellung von 1878 zusammen mit der übrigen deutschen Industrie einstimmig abgelehnt haben, und wie wir weiter hören, sind beim hiesigen Oberpräsidium bereits bezügliche Erklärungen nicht nur der Handelskammer in Mühlhausen, sondern auch der von Straßburg eingelaufen. Die Gründe für diese befremdliche Haltung der elsässischen Industriellen sind nicht sachlicher Art, liegen nicht in den Verhältnissen unserer Industrie, sondern sind in dem „Zusammen mit der übrigen deutschen Industrie“ zu suchen. Wie unsere elsässischen Politiker von einem Zukunfts-Elsäss-Lothringen, das in europäisch-garantiert Neutralität zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz liegen sollte, träumen, so will auch die elsässische Industrie kein Bestandteil der deutschen sein, sondern, zumal in Paris, als ein Ganzes für sich, das mit Deutschland nichts gemein hat, auftreten. Wir hoffen, der Reichskanzler werde durch diese dreisten Ansprüche des elsässischen Sondergeistes einen dicken Strich machen. — Bei der vorigen Reichstagswahl am 1. Februar 1874 folgten die hiesigen deutschen Wähler, deren Zahl immerhin 4—5000 betragen mag, größtentheils der von den Offiziellen des Oberpräsidiums ausgegebenen Parole: kein selbstständiges Auftreten als Deutsche, Abwarten der Aufstellung des Candidaten der sog. elsässisch-elsässischen Partei und dann Stimmen für denselben, aber ohne Aufsehen, um ihn in den Augen seiner Landsleute durch Zuwendung der deutschen Sympathien und Stimmen ja nicht zu compromittieren. Schon damals erblickten viele Deutsche in der Zunuthung, aus Opportunitätsgründen eine solche Stellung einzunehmen, eine Kränkung ihres nationalen Gefühls; damals aber glaubte man noch in weiterem Umfang, daß die unter erschöpflicher Begünstigung des Oberpräsidenten v. Möller in's Leben getretene „elsässisch-elsässische Partei“ eine versöhnliche, deutschfreundliche sei, die ihre Vereinigung mit den eingewanderten Deutschen im Laufe einiger Jahre vollziehen werde. Heute ist man von dieser Illusion gründlich zurückgekommen und sollte bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die alte Parole wieder ausgegeben werden, so dürfen nur wenige Deutsche derselben Folge leisten. Lieber den Lauth (den Abgeordneten der Protestpartei) wählen, als einen dieser Elsässer, die französisch gesinnt gleich ihm, aus Gründen des materiellen Vortheils von sich sagen, sie wären weder Franzosen noch Deutsche, also weder Fleisch noch Fisch, — das ist die allgemeine Ansicht unter den hiesigen Deutschen. Am liebsten wäre es ihnen freilich, wenn ein deutschgesinnter Kandidat, etwa ein geborener Elsässer dieser Richtung, auftrate, dem sie dann ihre Stimmen, wenn auch ohne Aussicht auf Erfolg, geben könnten.

Ö ster r e i ch .

Wien, 14. Nov. [Graf Andrássy] ist, wie der „Politischen Correspondenz“ aus Pest gemeldet wird, erkrankt und hat die beabsichtigte Weiterreise aufgegeben müssen.

Wien, 14. Nov. [Zur Affaire Rodich.] Im Budget-Ausschusse, welcher gestern den Etat des Ministeriums des „Innern“ beriet, nahm der Berichterstatter Dr. Gisela Anlaß, die Affaire des Statthalters von Dalmatien zur Sprache zu bringen. Herr Dr. Gisla sagte: „Ich habe bezüglich der Verwaltung des Königreiches Dalmatien Manches auf dem Herzen, worüber hier zu reden ich Anlaß nehmen möchte. Die Klagen über die Verwaltung dieses Landes nehmen in ganz außerordentlichen Weise zu. Bei der jüngsten Landtagswahl soll der Statthalter sich Vergewaltigungen haben zu Schulden kommen lassen; ebenso wurde bei Zusammenstellung der Wahllisten über Geheimesterlegungen geklagt. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden und wie ich glaube am besten dadurch, daß in Dal-

mation ein Wechsel in der Person des Statthalters vorgenommen wird. Als im Jahre 1868 ein solcher Wechsel beliebt wurde, berief man sich darauf, daß der damalige Statthalter von Dalmatien den Intentionen der Regierung nicht entspreche. Der damalige Statthalter wurde durch Herrn von Rodich ersetzt; er gehört der Verfassungspartei nicht an und ich glaube mich keiner Unrichtigkeit schuldig zu machen, wenn ich behaupte, daß Herr von Rodich den Intentionen der heiligen Regierung nicht zu entsprechen scheine. In Interesse des Staates und der Verfassung erlaube ich mir an den Minister des Innern die Frage zu richten, ob derselbe geeignet ist, die geeigneten Schritte einzuleiten, um diese höchst peinliche Angelegenheit betreif des Statthalters von Dalmatien einem gezieltlichen Ende zuzuführen. Ich erinnere daran, daß über Herrn v. Rodich gelegentlich der Debatte über die Orientfrage harte Worte gefallen sind. Ist denn das Verwaltungstalent des Herrn v. Rodich ein so außerordentliches, daß die Regierung Differenzen mit ihm und seiner Partei dulden „muß“?

Der Minister des Innern betont zunächst, daß die Behauptung unrichtig sei, der zufolge ihm oder der Regierung überhaupt jemals die Bedingung gemacht worden ist, zwei oder drei Statthalter bedingungslos im Amt zu halten. Was Herrn Rodich betrifft, führt Herr v. Lasser weiter aus, so ist derselbe länger im Amt als ich; er ist nicht nur Statthalter, sondern auch Militärgouverneur, der diesseitigen Regierung nicht untergeordnet, ein Statthalter ist jedem Minister untergeordnet und Herr v. Lasser habe sich über den Statthalter von Dalmatien nur soweit auszusprechen, als dies in das Ressort des Ministers des Innern eingreift. Unter solchen Umständen ist es erfärlieh, daß er allein auf Herrn Rodich keine Aspirationen ausüben kann. Der Minister kennt Baron Rodich seit dem Jahre 1848, wo er mit ihm zugleich Mitglied eines Comite's zur Reform der Militärgrenze war. Damals habe man aus politischen Tendenzen wenig Höch gemacht, jedoch hatte der Minister nie jene Aspirationen an Baron Rodich wahrgenommen, die man ihm gegenwärtig nachzutragen scheine. Er habe ihn als Vertrauensmann des Banus Jelachich kennen gelernt, von dem wohl Jelachich wisse, daß er immer zur Krone und zum Reiche gehalten habe. Der Minister erwähnt insbesondere die Thatsache, daß Jelachich in allen ihm unterstehenden Ländern im Jahre 1849 die Reichsverfassung publicierte. Der Minister erklärt daher, er müsse Beweise verlangen, daß Baron Rodich seine Gesinnung seit jener Zeit geändert habe. Später sei der letztere wieder in die blos militärische Laufbahn zurückgetreten. Als alter Staatsdiener hält sich der Minister berufen, daran hinzuweisen, daß Baron Rodich auch ein alter Staatsdiener sei, das Theresienkreis besitzt und wesentlichen Anteil an siegreichen Schlachten genommen habe. Man dürfe daher auch für Baron Rodich die Rücknahme auf sein langjähriges verdienstvolles Leben als Gerechtigkeit verlangen. Das Bestreben des Statthalters in Dalmatien gehe dahin, eine österreichisch gesinnte Mittelpartei zu bilden. Herr Rodich ist selbst Slave, man darf es ihm deshalb nicht verübeln, Sympathien für die Slaven an den Tag zu legen; „ich fühle mich nicht berufen“, sagt Herr v. Lasser im Beisein seiner Ausführungen, wegen dieser Sympathien über Herrn Rodich ein Verdammungsurteil auszusprechen; ich bin ein Deutscher und kann die Slaven auch recht gut ausstehen.

Wie groß auch die Zahl der Klagen ist, welche über Herrn Rodich aus Dalmatien bei uns telegraphisch eingangen, so muß ich doch erklären, daß ich jeden Fall untersucht und stets gefunden habe, daß der Statthalter von Dalmatien correct gehandelt hat. Ich bin kein Parteimann, sondern Minister und behaupte, jeder Statthalter handelt nach eigenen Intentionen; ein Statthalter, der stets beim Minister anfragt, was er thun und lassen soll, ist kein guter Statthalter. Ich war als Statthalter von Tirol ebenso wie Herr Rodich und man hat von mir behauptet, ich sei ein tüchtiger Statthalter gewesen. Wenn gesagt wird, Herr Rodich ist kein Freund der Verfassung, dann entgegne ich, er ist jedenfalls ein wahrer Freund der heiligen Regierung.

Es sei neulich im Hause die Behauptung aufgestellt worden, Baron Rodich sei Mitglied der Omladina. Der Minister erklärt, daß er sowenig an diese Behauptung glaube, daß er es für seine Person für nicht gerechtfertigt gehalten hätte, den Baron Rodich hierüber auch nur zu fragen, geschweige denn eine Untersuchung einzuleiten. Wenn die „Omladina“ das ist, was von manchen Seiten behauptet wird, so involviert die gegen Baron Rodich aufgeworfene Verduldigung den Vorwurf des Eidbruches und des Hochverrats, und an einen solchen Vorwurf könnte er nicht im Entferntesten glauben, ehe ihm nicht umstößliche Beweise gebracht werden.

Nach einer Bemerkung des Abg. Stene, daß diese vielfigurante „Omladina“ ursprünglich ein streng wissenschaftlicher Verein gewesen ist, wird die Sitzung des Budgetausschusses geschlossen und die nächste für morgen, Dienstag Abends, anberaumt.

Wien, 14. Novbr. [Zur Conferenz-Frage.] Die „Wiener Abendpost“ reproduciert folgendes Communiqué der offiziellen „Agence Generale Russ“ über die Conferenzen:

Die Unterhandlungen über die Friedensbedingungen werden unaufhaltlich in Konstantinopel beginnen. Sämtliche Mächte stehen darüber einig zu sein, daß die Unterhandlungen unter ihren respectiven in Conferenz zusammentretenden Botschaftern vorzunehmen seien. Selbstverständlich ist, daß deren erste Aufgabe darin bestehen wird, jede einzelne Basis des von Russland acceptirten englischen Programms auf die präziseste Art festzustellen. Besonders ist, daß kein Punkt unklar bleibt und zu widersprechenden Ansichten eine Gelegenheit biete. An dieser vorbereitenden Arbeit, die das Werk Europas zu bleiben hat, wird die Pforte gewiß nicht teilnehmen. Die Pforte selbst kann nicht den Wunsch haben, diesen Trüterungen anzuhören, bei denen, wie sich von selbst versteht, mehr als einmal von der schlechten türkischen Verwaltung die Rede gehen wird. Wenn diese erste Arbeit gethan, die einschlägigen Friedensbedingungen im Ganzen wie im Einzelnen klar festgestellt sein werden, wird es nötig sein, den Modus ihrer Anwendung zu berathen. Es ist möglich, daß also dann die Pforte gelegentlich über das Principe zu der Arbeit der Conferenz zugelassen werde. Aus diesen einfachen Prämissen ergibt sich, in wie hohem Grade das von den Repräsentanten der sechs Großmächte in Konstantinopel unverzüglich in Angriff zu nehmende Wert ein bedeutames und entscheidendes ist, das sowohl die ganze persönliche Anstrengung der Botschafter wie den guten Willen aller Cabinets in Anspruch nimmt. Es ist ebenso sehr in die Augen fallend, daß trotz aller Bemühungen der Botschafter, trotz der besten Stimmen der Cabinets weder die einen noch die Anderen im Stande sein werden, dem gemeinschaftlichen Werke den von aller Welt gewünschten schließlich Erfolg zu sichern, falls nicht auch die Pforte ihrerseits ihre loyale, wohl überlegte Beihilfe gewährt. Hieraus folgt, daß vor wie nach der Conferenz von der Annahme oder Zurückweisung seitens der Pforte in Betracht der von Europa im höheren europäischen Interesse der Sicherung von Ordnung und Ruhe getroffenen Entschlüsse alle späteren Maßnahmen abhängen werden.“

F r a n k r e i c h .

Paris, 12. Nov. [Die Rede des Kaisers von Russland] wird, so schreibt man der „A. Ztg.“, als eine Art von Antwort auf Lord Beaconsfield's Worte betrachtet. Bemerkenswerth ist, daß nun auch der friedliebende Kaiser Alexander sich schon mit dem Gedanken eines eventuellen „selbstständigen Einstreichens“ in den slavischen Provinzen der Türkei vertraut gemacht hat. Es herrscht hier im Übrigen ein auffallend vollständiger Mangel an Nachrichten über irgend welche Fortschritte, die in den letzten Tagen in der orientalischen Frage eingetreten sein könnten, und wäre nicht Disraeli's Rede, so würde man geneigt sein, die Zustimmung der Mächte zur Conferenz wieder in Zweifel zu ziehen. Gerüchtweise verlautet, daß die Vorbehalte der Türkei, von denen schon in diesen Tagen gemeldet wurde, wirklich ernster Natur seien; die Pforte soll gegen das ganze Conferenzprojekt allerlei Gründe geltend machen.

[Die bonapartistischen Kreise] sind, wie man hört, mit Raoul Duval doppelt unzufrieden, weil auch der kaiserliche Prinz Neigung zeigt, die liberal-bonapartistischen Bahn, in denen jener sich bewegt, zu betreten. Bei Rouher soll vor Kurzem eine Versammlung der reactionären Bonapartisten stattgefunden haben, in welcher diese beschlossen, ihrem System treu zu bleiben und dem kaiserlichen Prinzen vorzustellen, daß nur auf diesem Wege das Heil der Partei zu erhoffen sei.

[Gambetta] qualifiziert sich immer mehr zum Manne der schwierigen Lagen. Nun rettet er gar das Budget des Botschafterpostens beim heiligen Stuhle. Allgemeinen Beifall erregte die Art, wie er Keller und Tristan Lambert zur Ruhe brachte, welch letzterer, dem Befehl der Bonapartisten getreu, sich in die Debatte stürzte, um die Republikaner zu reizen. Selbst der „Français“ findet, daß Gambetta „ausnahmsweise“ richtig gehandelt habe, aber er setzt auch hinter diese

Bemerkung sofort einen langen Artikel, um zu beweisen, daß die „moralische Unordnung“ dennoch existirt, wenn auch die Radikalen sich einmal vernünftig beitreten. Die „République Française“ führt heute Gambetta's Gründe noch weiter aus; der Opportunismus wird überhaupt von Tag zu Tag mehr die Religion der Republikaner. Das liegt daran: beide Parteien, die liberale wie die conservative, rechnen schon jetzt auf die Erneuerung des ersten Drittels der Senatoren im Jahre 1878; beide sind aus den Ferien mit der Überzeugung heimgekehrt, daß jener Act in die Schwierigkeiten der Lage im einen oder andern Sinne kräftig eingreifen wird. Die Bonapartisten bereiten jetzt die Senatorenwahl vor, und wenn diese für Chasseloup und Vinoy aussfällt, wollen sie danach streben, so bald wie möglich die Gewalt in die Hände zu bekommen, um ihre letzte Karte, die Wahlen von 1878, rechtzeitig vorzubereiten. Eben deswegen aber wollen die Republikaner um jeden Preis das gegenwärtige Ministerium halten, und so schlucken sie unverzagt die verschiedenen Pillen hinab, deren Darreichung sie nicht abwehren können.

[Mac Mahon.] Der „Français“ meldet, Mac Mahon sei allen gegenthelligen Gerüchten zum Trotz fest entschlossen, seinen Einfluß gegen das Gattingerische Gesetz geltend zu machen.

[Das Wortgefecht über den Credit für den französischen Botschafter am Vatican] war für den ruhigen Beobachter höchst lehrreich: es legte die geheimen Fäden bloß, an welchen gewisse Parteien und gewisse Persönlichkeiten sich aus dem Irrsace der jetzigen Zustände herauszuwinden hoffen. Die Ultramontanen vertrieben ihren verdeckten Kopf, die Radikalen ihr erbostes Herz, und die Opportunisten zeigten, daß sie so schlimm gar nicht seien, wie man sie im Elysée wahrhaft: sie sprachen durch Gambetta's Mund für die Reitung des Botschafters am Vatican, sie sprechen zugleich aber für die Einheit Italiens und Gambetta zeigte dabei mit Glanz, daß er den Katholiken ein Katholik, den Verfechtern der Einheit Italiens ein Italiener, und dem Mann von Castelfidardo, dem französischen Herzen Italiens, Galbini, ein eifriger Schmeichler zu sein versteht. Und vom Opportunitätsstandpunkt aus hatte er Grund, zu reden, wie er am Sonnabend sprach. In einem Punkte begegneten sich alle Radikale und Zwischenredner darin, daß Frankreich jetzt, wo die Papstwahl in Aussicht steht, einen eifrig tückigen Sachwalter im Vatican gebrauche, der die Interessen Frankreichs wahre. Die „Debats“ heben hervor, daß die Bonapartisten bei den Sonnabendverhandlungen ein ultramontanes Glaubensbekennnis abzulegen sich beeilten, daß sie aber die Ultramontanen schwerlich von Napoleon's III. Unschuld bei der Beseitigung der weltlichen Macht des Papstes überzeugen werden. Die „Debats“ verfallen dabei in den Fehler, die Bonapartisten und jeden guten Katholiken überzeugen zu wollen, daß der Papst, obgleich und weil er nicht mehr König, „von den Mächten Europas als ein wirklicher Souverän betrachtet und behandelt werde“, ja, daß es heut zu Tage keine internationale Macht giebt, deren Action weiter verbreitet ist und welche die verschiedenartigsten Punkte berührt. Man kann gegen den Papst und die Römlinge nicht verbindlicher sein, als die „Debats“ es heute nach dem Muster von Decazes sind; sie betonen besonders einen Satz des Ministers des Auswärtigen, der allerdings augenblicklich in Europa bemerkbar werden wird, nämlich: „Unser Botschafter am Vatican muß alle Fragen bezüglich der Ernennung der Cardinale, der Einsetzung der Bischöfe wie die Austragung der wichtigen Fragen überwachen, zu denen fort und fort das Protectorat Beratung giebt, das wir im ottomanischen Reiche über die Corporationen, die zum lateinischen Cultus gehören, und im fernsten Orient über die christlichen Missionen ausüben.“ Die „Debats“ haben dabei noch offen den Einfluß hervor, den die Franzosen „im Orient als Beschützer der Christen“ Hand in Hand mit dem Papst und der römischen Politik um so mehr ausüben können, je einsichtiger und kluger gerade die römische Politik inmitten der jüngsten Ereignisse sich gezeigt hat.“ Die Liberalen der „Debats“ sind also im Grunde mit den Bonapartisten einverstanden, daß die Franzosen in den auswärtigen Fragen mit den Ultramontanen gemeinschaftliche Sache zu gemeinschaftlichen Zwecken des Einstusses und des Protectorats machen müssen, und Gambetta hat nicht gesagt, daß er etwas dagegen habe, nur will er die italienische Einheit nicht in den Raum geben und die Einseitigkeit nicht dulden, daß gesagt werde, der Papst habe 1870 sich um Frankreich verdient gemacht, indem er für dasselbe betete. „Es muß unvergessen bleiben,“ lautete Gambetta's Entgegnung auf den betenden Papst, „daß auch eine andere Stimme sich erhob, und zwar im italienischen Senat, und daß es die Stimme eines Kriegsmannes war, der ebenso erhaben auf dem Schlachtfelde gegen die Feinde seines Vaterlandes wie gegen diejenigen war, wo er den Schmerz hatte, mit seinen eigenen Mitbürgern zusammenzustoßen.“ Die „Debats“ sagen dazu aus vollem Herzen Amen, und sehen schon die Zeit, die von allen Einsichtigen ersehnt und vorbereitet wird, voraus, „wo Hass und Vorurtheile geschwunden sind“. Das „Univers“ macht sich das Vergnügen, darauf aufmerksam zu machen, daß unter den Deputirten, die nicht bei der Abstimmung zugegen waren, sich Gambetta befand, „der es ohne Zweifel nicht mit den Wählern von Belleville verderben wollte; denn Worte werden vergessen oder lassen sich auslegen, aber die Abstimmungen bleiben; so verduftet man als kluger Genuese vor dem Augenblick, wo es gilt, seine Stimme zu geben.“ Dem „Univers“ zufolge hatte nämlich die Sonnabend-Abstimmung die spezielle Bedeutung, die der Baron Tristan Lambert im Namen der Katholiken ihr ausdrückte, als er ausrief: „Ich stimme für den unfehlbaren Papst in erster Stelle, sodann aber für den Papst-König!“ Die Ultramontanen dürften wahrlich mit dem Sonnabend-Siege zufrieden sein; nur 85 Deputirte stimmten für Streichung des Postens. Aber, wie das „Univers“ in schmerzlicher Entrüstung hervorhebt, „um sich bei den Italienern angenehm zu machen, stimmte die Majorität mit Begeisterung für einen Credit von 10,000 Fr., um den Gehalt unseres Botschafters beim König von Italien zu erhöhen, was zum tausendsten Male wieder beweist, daß die Republikaner mit wunderbarer Leichtfertigkeit über unser Geld verfügen, wenn es ihnen paßt, den Italienern den Hof zu machen.“

[Die Budget-Commission] vereinigte sich gestern in Versailles. Sie nahm die Erklärungen des Ministers und des Unterstaatssekretärs des Innern entgegen. Die Commission beschäftigte sich besonders mit den Fonds für Strafanstalten und für Unterstützungen. Die Commission beschloß außerdem den Credit für die beiden Subpräfekturen des Seine-departements, Sceaux und St. Denis, zu streichen und beschloß eine Ermäßigung des Telegraphentarifs für das Innere vom 1. Juli 1877 einzutreten zu lassen. Auf Verlangen von Herrn de Marcere votierte die Commission einen Credit von 60,000 Fr., bestimmt, denjenigen Beamten als Unterstützung zu dienen, welche die Regierung ihrer politischen Ansichten wegen aufzupfieren muß.

[Die republikanische Union der Deputirtenkammer] hielt gestern eine Versammlung in Versailles und besprach die Frage der Arbeiter-Syndicatslämmer, über welche Herr Lecoy einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte. Herr Chevaudier sprach die Absicht aus, die Frage über das Militärgeleite bei Civilvereidigungen anzugeben; es wurde ihm jedoch abgeraten, diese Frage aufzurütteln, bis der von den Ministern gefasste Beschluss bekannt sei.

zwei Brigadegeneräle zu Divisionsgenerälen und eine gewisse Anzahl von Obersten zu Brigadegenerälen befördert werden. Unter letztern befindet sich Herr v. Beauffremont, Oberst des 7. Husaren-Regiments, dessen Scheidungsprozeß mit seiner Frau in letzterer Zeit Auseinander trat.

Dsmanisches Reich.

Konstantinopel, 9. Novbr. [General Klapka.] General Klapka war gestern der Gegenstand einer Ovation. Unter der Führung des Divisions-Generals Scheffet Pascha begab sich eine aus 28 Delegirten bestehende Deputation in das „Hotel de Byzanz“, um dem ungarischen General den Dank des türkischen Volkes für die Sympathien Ungarns zu übermitteln. Scheffet Pascha überreichte dem Gefeierten mit einer kurzen Ansprache eine reich ausgestattete Adresse. General Klapka schloß seine Antwortrede mit den Worten: „In Anerkennung der Wohlthaten, welche die Türkei nach dem Jahre 1849 den Emigranten meines Vaterlandes erwiesen, kämpften viele Ungarn während des Krimkrieges in den Reihen der Freiwilligen der türkischen Armee. Ich selbst gehörte zu diesen Freiwilligen. Und wenn ich heute in Konstantinopel bin, so ist es in der Absicht, im Falle eines Krieges gegen die Slaven aufs Neue in den Reihen der türkischen Armee zu kämpfen.“ (Pr.)

Amerika.

Philadelphia, 10. Novbr. [Die Ausstellung] ist heute geschlossen worden. Die Feierlichkeit, der ein zahlreiches Publikum bewohnte, wurde leider durch Regen stark beeinträchtigt, so daß die Tribünen im Freien verlassen und die Neden in der Preisrichterhalle gehalten werden mußten. Es sprachen der Vorsthende des Executive-Committee's Daniel S. Morell, der Vorsthende des Finanzcomitee's John Welch, der General-Director Alfred T. Goshorn und der Präsident der Ausstellungscommission Joseph R. Hawley. Nachdem von der ganzen Versammlung eine Ode auf Amerika gesungen war, wurde die Flagge der Vereinigten Staaten, welche John Paul Jones zuerst auf dem Kriegsschiffe „Bonhomme Richard“ ausgezogen hatte, entfaltet. Unter dem Kanonenendonner der Geschütze auf George's Hill und auf den Kriegsschiffen erklärte Präsident Grant um 3 Uhr 40 Min. die Ausstellung für geschlossen, worauf sämmtliche Maschinen die Arbeit sofort einstellten. Abends fand noch großes Feuerwerk statt. Am gestrigen Tage, der mit einem von den Ausstellungsbehörden den fremden Gesandten gegebenen Bankett, dem auch Präsident Grant, die Cabineiminister und das diplomatische Corps beiwohnten, abschloß, haben noch 176,755 zahlende Personen die Ausstellung besucht.

Provinzial-Beitung.

— d. Breslau, 14. November. [Verein zur Hebung der Bienenzucht.] In der letzten zahlreich besuchten Versammlung, welche zum ersten Mal in dem neuen Vereinslocal „Oblauer Bierhalle“ (Schildkröte) auf der Schuhbrücke, stattfand, hielt an Stelle des am Erscheinen verhinderten Leiters Albert der Vorsthende, Stadtverordneter Tieke, den angeläufigten Vortrag: „Wie kommt es, daß Anfänger in der Bienenzucht so oft den Mut verlieren und die Bienenzucht wieder einstellen?“ Redner lasse seinen erschöpfernden und mit hohem Interesse entgegengenommenen Vortrag in folgende Punkte zusammen: 1) Die Anfänger verlieren oft den Mut, weil es ihnen an der unbedingt nötigen Theorie, d. h. an der Kenntnis über das Leben und Treiben der Bienen, über ihre geschlechtlichen Verhältnisse und ihr ganzes Haushaltungswesen fehlt; 2) weil viele den Fehler begehen, mit schwachen Böllernden den Anfang mit ihrer Bienenzucht zu machen; sie legen damit selbst den Grund des Misserfolgs ihres Unternehmens, während sie bei Aufwendung eines etwas höheren Anlage-Capitals und bei Ankauf nur guter und volstreicher Stöcke bessere Erfahrungen machen würden; 3) weil viele von der Sucht nach rascher, schneller Vermehrung ergriffen werden, wodurch oftmals auch sonst normalmäßig gute und volltreue Stöcke ruiniert und dem Untergang geweiht werden; weil endlich 4) viele Anfänger bei einer geringen Anzahl Stöcke sich verleiten lassen, die bunte italienische Biene oder auch die als sehr schwärmlustig bekannte Krainer Biene einzuführen. Es soll hiermit keineswegs der Stab über diese beiden Varietäten gebrochen werden, nur hätten im Gegenteil besonders für die Bienenzucht in Betreff der Auflösung früherer Irrthümer einen hohen Werth und ständen auch hinsichtlich ihrer Ertragshälfte leineswegs unserer deutschen Biene nach, nur möchte Redner den Anfängern nicht raten, ihre Stöcke ohne Weiteres zu italienisieren, weil damit ein Maltreitern der Stöcke unvermeidlich verbunden ist. — Die Erledigung des Fragekastens füllte die übrige Zeit der Sitzung aus.

Breslau, 15. Nov. [Ankommen.] Se. Durchl. Fürst v. Carolath-Beuthen, freier Standesherr aus Carolath. Se. Excellenz Graf v. Brandenburg, l. deutscher Gesandter am belg. Hofe aus Brüssel. Baron v. Poe. Generalmajor und Brigade-Commandeur aus Berlin. v. Neumann, Generalmajor und Stadt-Commandant nebst Frau aus Neisse. (Fremdenbl.)

* [Zur Ankunft des Kaisers] hat heut das „Saganer Wochenblatt“ an der Spitze des Blattes ein Gedicht. — Die Capelle des Post-Int.-Regts. Nr. 58 begiebt sich nach Sagan, um im herzoglichen Schlosse während der Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers zu concertiren. Das Personal des Opertheaters in Breslau wird Mittwoch Abend gleichfalls die Ehre haben, vor Sr. Majestät dem Kaiser eine Vorstellung zu geben.

[Unter Schweinen verstorben.] Es war einmal ein Schweinehändler, der wohnte zu Plania bei Ratibor. Sonntags aber, und zwar am vergangenen, es schien ward, fuhr er mit seinem Gefährt gen Pleß, allwo er „Sudels“ laufte, die gut waren zu Wurst und anderem Schweinen. Als er aber gen Rybnik kam und die Tempel des Schnapses sah, da wurd's ihm wässrig auf der Zunge und trocken in der Kehle. Ab stieg er vom Gefährt und trank vom „Lebenswasser“, aber zu viel. Darob grunzen die Säue, so auf dem Wagen waren. Das ließ er sich eine Mahnung sein und führte die Fremdlinge der neuen Heimat zu. Er machte sich's behaglich und schlief unter ihnen, und auch die Schweine meinten's gut mit dem Herrn und deckten ihn zu mit dem Körper, dem fetten, wärmenden. In Plania aber, allwo das Roh vor dem Heimathalle hielte, kam das Weil des Schlafers ihn zu grüßen, und die Säue zu schlachten die trichinenfreien Geschöpfe. Der Schlaf aber schlief und auf ihm schliefen die Schweine, und der Schlaf schlafte seit jenen Stunden den ewigen Schlaf — weil die Schweine den schlafenden Schlächter erdrückt hatten. (Oberschl. Anz.)

Lauban, 13. Nov. [Verschiedenes.] Vor einiger Zeit eregte die ungemein rohe Behandlung eines Knaben von Seiten seines Vaters, eines Schneiders, welcher sein Kind, weil es zu spät nach Hause gekommen war, damit drohte, daß er ihm eine Zeit lang ein heißen Bügeleisen auf eine nicht näher zu bezeichnende Stelle setze, die allgemeine Entrüstung. Dieses ungewöhnliche Strafverfahren, kam zur Kenntnis des Staatsanwalts, und ist der zärtliche Vater, der im Verhör die merkwürdige Aussage machte: „er hätte sich nur einen Spaß machen wollen“, nunmehr zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt worden. — Der Musiklehrer Wagner, fürstl. Conservatoriums-Prof. a. D. veranstaltete vorigen Sonntag unter Mitwirkung der Pianistin Matilde Müller aus Berlin und verschiedener hochgeachteter Dilettanten im Hotel zum Hirsch in Matlissa ein Concert zum Besten des Laubaner Kreis-Frauen-Vereins. — Der Laubaner „Sängerbund“ ein Chor sang-Verein für gemischten Chor, eröffnete vorigen Abend im Hotel zum Hirsch seine musikalischen Abendunterhaltungen mit der Aufführung des „Columbus“ von Julius Becker. Die Belebung war eine äußerst rege. — Der Gewerbe-Verein hielt vorigen Montag seine zweite Sitzung ab. Herr Diacodus Thysius sprach: „Über die verschiedenen Handelswege im Laufe der Jahrhunderte.“ Nächsten Freitag soll von mehreren Mitgliedern des Vereins eine theatralische Aufführung stattfinden. — Seit dem 1. Nov. hat sich hier ein junger Arzt niedergelassen, so daß gegenwärtig Lauban 7 practizirende Aerzte zählt.

X. Neumarkt, 14. Nov. [Tageschronik.] Am verlorenen Sonntage fand im Baum'schen Saale ein Concert der Kapelle des Leib-Kürassier-Regiments zu Breslau unter Direction des Kapellmeisters Grube unter großer Beifälligkeit und großem Beifall statt. — Gestern wurde auf der Bahnhofstraße von einem heranbrausenden Eisenbahngespann ein Mann erschossen und tot getötet. Diese Bahnhofstraße hat in diesem Jahre schon mehrere Opfer gefordert.

t. Landeshut, 13. Nov. [Stiftungsfest des Handwerkervereins-Theater.] Der hiesige Handwerkerverein, der bereits die nicht unerheb-

liche Mitgliederzahl von 200 aufzuweisen hat, feierte gestern in dem großen, restaurirten Saal des Gasthofes zum Kronprinzen das Wiegfest seines zwölfsährigen Bestehens. Zu diesem Zweck waren ca. 150 Theilnehmer erschienen, die mit fröhlicher Feststimmung verkehrten, vor vortheilhaft den Abend zu einem recht vergnügten und unvergesslichen stemptelten. Die Gesangs-Abteilung unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten, Herrn Lehrer Meusel, eröffnete das Fest mit einem exakt und gut vorgetragenen Liede, dem die übliche Feierrede des Präs. Herrn Drogus Langer, folgte. Abwechselnd mit Gesang und Tanz begann nun ein fröhliches Treiben, das nur gegen 12 Uhr durch ein gemeinschaftliches Diner unterbrochen wurde. Aus den vielen dabei gehaltenen Reden, Toosten ist besonders ein von Herrn Buchdruckereibesitzer Armin Werner verfaßtes und vorgetragenes launiges Gedicht hervorzuheben, das durch seine in liebenswürdige Form gebrachten treffenden Anzuglichkeiten auf unsere Vorgänge im Verein rauschend beflascht wurde. Der nach der Tafel wieder beginnende Tanz hielt die Theilnehmer noch lange zusammen und schwer würde es allen, sich von dem gemütlichen Feeste zu trennen. — In nächster Woche wird die hier bekannte und beliebte Kahn'sche Theater-Gesellschaft im Gasthof zu den drei Bergen einen Cycleus von Vorstellungen beginnen, und wünschen wir, daß ein volles Haus die Gesellschaft zur Wiederkehr anstreute.

— r. Namslau, 13. Nov. [Zur Kreistagswahl.] Die Erfahrungswahlen für die ausgeschiedenen Mitglieder der Kreisversammlung stehen wieder vor der Thür, und leider hören wir, daß von den Ausgeschiedenen des kleinen Grundbesitzes fast keiner die Aussicht hat, wieder gewählt zu werden.

Dies ist entschieden kein gutes Zeichen der Zeit, da die ausscheidenden Mitglieder des Kreistages in keiner Weise Beranlassung gegeben haben, daß man ihnen ein solches Misstrauensvotum ertheilt. Auch betrifft einer Persönlichkeit des großen Grundbesitzes werden von gewisser Seite Anstrengungen gemacht, deren Wiederwahl unter dem Vorzeichen zu verhindern, daß diese Persönlichkeit den Kreistag vertrüsst. — Eine solche Behauptung steht fast wie eine Beleidigung der Kreisversammlung aus, die sich vertrüsst lassen müßte, wenn diese Bevölkerung nur irgend welche Begründung haben sollte. Fast wichtiger wie die Wahlen zum Kreistage ist aber die durch das Auscheiden des Gütsbesitzer Welzel-Glaucha erforderliche Wahl eines Kreisausschuß-Mitgliedes. Wenn, wie es in der Natur der damaligen Verhältnisse lag, es in der Ordnung war, daß man aus dem kleinen Grundbesitz zwei Mitglieder in den Kreis-Ausschuß wählte, und beide gewählt, namentlich durch ihre genaue Kenntnis der localen Verhältnisse dem Kreisausschuß von wesentlichem Nutzen waren und beziehungsweise noch sind, so wird es diesmal die Aufgabe, namentlich des kleinen Grundbesitzes sein, ihre Wünsche, falls solche geltend gemacht werden sollten und die auch jedenfalls bei den anderen Kreistags-Mitgliedern eine Berücksichtigung finden werden, in denjenigen Rahmen zu fassen, der dem Zweck völlig entspricht, nämlich Arbeitskräfte in den Kreis-Ausschuß zu bringen, und es gehört gewiß eine thätig vorgebildete Persönlichkeit dazu, den Anstreichen zu genügen, und um die ihr übertragenen Rechte in geeigneter Weise zu bearbeiten; ja es wird sogar ein kleines Capital erforderlich sein, um sämmtliche Bücher sich anzuschaffen, welche notwendig sind, um die Gesetzesstellen zu finden und citiren zu können. Der kleine Grundbesitz zahlt aber in seiner Mitte auch Männer von nicht ungewöhnlicher Bildung, die sogar Unterricht an Lehranstalten gegeben haben und die jedenfalls zur Mitgliedschaft des Kreis-Ausschusses sich völlig eignen würden.

+ Nauden Ds., 14. Nov. [Musik.] Der Dirigent der uniformirten Knaben-Kapelle, Herr A. Wachtarz, wird im Laufe des Winters im hiesigen Herzoglichen Theatersaale drei Abonnements-Concerte veranstalten, deren erstes am 22. November, Abends, stattfinden soll. Das größtentheils neue Programm enthält ansprechende Concertstücke für Infanterie-, Cavallerie- und Streichmusik und es haben die jungen Musiker Gelegenheit, die neuerdings gemachten erfreulichen Fortschritte auch in ihren kräftrigen angemessenen Solo-vorträgen zu zeigen. Se. Durchlaucht der Herzog erwirkt sich ein hohes Verdienst um die Zukunft der jungen Leute durch die vielfältige Unterstützung und Aufmunterung, welche er dem unermüdlichen Dirigenten und seinen Schülern erwiesen.

R. Rybnik, 14. Nov. [Kreistags-Wahlen.] In Gemäßheit des § 108 der Kreisordnung haben die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung des Kreistages im hiesigen Kreise stattgefunden und sind gewählt worden: a) Im Wahlverbande der Großgrundbesitzer und der dazu gehörigen Gewerbetreibenden: 1) Se. Durchlaucht des Herzog von Ratibor, 2) Landrat a. D. Brauns-Losau, 3) Landrat Gemandex-Rybnik, 4) Rittergutsbesitzer Bartell-Weschnitz, 5) Rittergutsbesitzer Helm-Godow, 6) Gütsbesitzer Heitsch-Wilcz, 7) Grubendirektor Hoffmann-Rybnik und 8) Rittergutsbesitzer Major von Scheibner-Pilchowitz. — b) Im Wahlverbande der Landgemeinden und der dazu gehörigen Gütsbesitzer und Gewerbetreibenden, und zwar in acht Bezirken: 1) Gemeinde-Vorsteher Henschel-Zerwionta; 2) Mühlensbesitzer Hoschel-Pilchowitz; 3) Stellenbesitzer Willisch-Siodlow; 4) Rittergutsbesitzer Langen-Szczyrb; 5) Stellenbesitzer Wissnaburgtaw; 6) Stellenbesitzer Mazurek-Pohlom; 7) Stellenbesitzer Szczypala-Jastrzembs und 8) Gütsbesitzer Schindler-Wilczowa. — c) Von den Städten: Bürgermeister Juds und Kreisgerichts-Director Zweigl in Rybnik und Bürgermeister Hörder in Sohrau.

□ Gleiwitz, 14. Nov. [Tageschronik.] Vor einigen Tagen erlitt der auf der hiesigen königlichen Giengenfabrik beschäftigte Materialien-Ausländer Georg Golez aus Schönwald beim Wenden der Drehscheibe eine Quetschung des einen Fusses, so daß die sofortige Überführung des Verletzten in das Knappshäfts-Lazareth nach Zabrze angeordnet werden mußte. Sr. Golez ist in Folge der erlittenen Verlebungen bereits verstorben. — Gestern Nachmittag entspann sich in einem Schanklocale am Neumarkt zwischen Mannschaften, welche der Controlversammlung beigewohnt hatten, ein Streit, welcher schließlich in eine derartige Schlägerei ausartete, daß es selbst mehrere herbeigerufenen Polizeibeamte unten und 2 Gendarmen fast unmöglich wurde, die Rufe wieder herzustellen. Der betreffende Schankwirth sowie dessen Sohn haben bedeutende Nöthnahrungen erfahren und sind die Excedenten auch gegen die Polizeibeamten thätig geworden. Die Urheber und zwar 7 an der Zahl wurden verhaftet. — Ende voriger Woche wurde die berechtigte Jr. von hier, welche schon seit einigen Tagen in ihrer Trunkenheit auf eine böswillige Brandstiftung hinweisende Neuheiten gegen ihre Haussgenossen fallen ließ, verhaftet, weil sie ihre Auslassungen nur zu ratsch verwirrlichen wollte. Die Jr. hatte nämlich in ihrem Küchenhof unsinnig angelegt, so daß das Feuer durch die offen gelassene Dientür auf die Diele fiel und diese anbrannte. Nur dem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß ein Hausbewohner rechtzeitig den Qualm im Hausschlür gewahrte und nach gewaltsamem Öffnen der Wohnung — die Inhaberin derselben war abwesend — das Feuer noch rechtzeitig unterdrückt wurde.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 14. Nov. Die Stimmung der heutigen Börse stand unter dem Einfluß manigfacher ungünstiger Momente. In erster Linie ist in diesem Sinne die Besätiigung der gestern schon verlautbarten Nachricht von der theilweisen Mobilmachung der russischen Armee zu erwähnen. Neben der allgemeinen Wirkung, die die Depesche auf die Gesamtmarkthaltung der Börse ausübt, äußerte sie auch auf das Geschäft in Valutien speziell einen ziemlich intensiven Druck. Kurz Petersburg ging um 21.32 zurück, lange Sicht behauptete sich besser, auch die Wiener Börsen notirten niedriger, indeß blieb die Differenz für dies Papier geringer. Der Geldmarkt erfuhr überhaupt eine Verfestigung und mußten für Primadisconten 3% — 3½% p.C. gewahrt werden. Immerhin muß aber die augenblickliche Distanz zwischen Bank-Discont und dem Binsfah am offenen Markt noch weit genug erscheinen, um der Besätiigung einer herraußredenden Geldnottheit die Berechtigung zu nehmen. Der Verkehr im Effecten-Geschäft blieb wie in den Tagen zuvor sehr rubig und ist dies die natürliche Folge des Umstandes, daß eben nur Dedungsläufe, die jetzt im Großen und Ganzen so gut wie beendet sein dürften, es gewesen sind, die dem Verkehr der Letzteren überhaupt noch Nahrung gegeben haben. Die internationalen Speculationspapiere zeigten einige Markt unter gestrigem Schlussoffice ein, hielten sich dann aber in diesem Niveau mit ziemlicher Festigkeit. — Die österreichischen Nebenbahnen gingen wiederum in den Coursen zurück, blieben aber im Allgemeinen sehr still. Nur in Galizien fand ein lebhafter Geschäftsvorkehr statt. Das Angebot nahm größere Dimensionen an, da man befürchtete, daß gerade diese Bahn in erster Linie durch die drohenden Kriegswirren Störungen in ihrem Betrieb erleiden würde. Die localen Speculationseffecten verhielten sich sehr still, haben indeß auch einige Courserhöhung erfahren. Dortmund-Uer verlor an Wert unter gestrigem Cours.

Nov. 14. 15. Nachm. 2 U. Abends 10 U. Morg. 6 U.
Luftwärme + 4°0 + 1°6 + 1°8
Luftdruck bei 0° 331°/64 331°/78 331°/50
Dunstdruck 2°/52 2°/10 2°/99
Dunstfättigung 88 p.C. 91 p.C. 89 p.C.
Wind SO. 1 SO. 1 SO. 1
Wetter wolfig. trübe. wolfig.

Breslau, 15. Nov. [Wasserstand.] Q.-P. 4 M. 66 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.
L. Deutsche Dichterhalle.] Die von Ernst Gastein redigirte, im Verlage von Joh. Dr. Hartmann in Leipzig erscheinende „Deutsche Dichterhalle“ bringt in ihrer 19. Nummer folgenden interessanten Inhalt: Gedichte von Robert Hamerling, Felix Dahn, Hieronymus Lorm, Theodor Webh, Karl Zettel, Müller von Guttenbrunn, J. Mähly, Alexis Lar, Rudolf Stegmann, Max Kalbeck. — Künstlers Erdenwallen. Von Hieronymus Lorm. — Sappho. Von Jos. Cal. Poestion (Fortsetzung). — Laube's Jubiläum. — Der letzte Kranz. Von Robert Hamerling. — Vermischte Mittheilungen. — Briefe.

deutsche Staats-Papiere ebenso wie Eisenbahn-Prioritäten sehr still. Auf dem Eisenbahnmarkte zeigte sich zu herabgesetzten Notirungen eine festere Haltung. Potsdamer fest. Thüringer belebt. Oberfränkische matt. Amsterdam-Rotterdam, Berlin-Dresdner, Lüttich-Limburger und Weimar-Geraer etwas lebhafter. Bantactien im Allgemeinen fest. Breslauer Wechslerbank bei festster Stimmung belebt. Preußische Bodencredit gut bewahrt. Gothaer Creditbank lebhaft, aber wenig fest. Rittergärtliche Privatbank höher. Coburger Creditbank ging zu herabgesetzter Notiz ziemlich lebhaft um. Berliner Handelsgesellschaft matt. Centralbank für Industrie niedrig. Breslauer Discontbank weichend. Industriepapiere unbelebt, Salzungen begeht, Centralstraße gesucht. Große Pferdebahn matter, Viehhof dagegen steigend. Oberfränkischer Eisenbahnbetrieb in guter Stimmung. Hoffmann-Waggonfabrik fest. Montanwerthe schwach, nur Centrum höher und belebt.

Um 2½ Uhr: Watt Credit 229, Lombarden 127,50, Franzosen 420,50, Reichsbank 151,75, Disconto-Commandit 109,25, Dortmund-Uer Union 8,90, Laurahütte 69,50, Köln-Mindener 100,25, Rheinische 110,75, Bergische 77,75, Thüringen 13,00, Türk 9,00.

[Klagen gegen österreichische Bahnen.] Aus München wird geschrieben: Die vom Advocaten Dr. Gotthelf als Vertreter des Münchener Handelsvereins gemachten Verküde, von den renitenten österreichisch-ungarischen Bahnen Vollzahlung zu erhalten, blieben ohne Erfolg, und ist deshalb nun gegen die sieben Gesellschaften Klage beim Handelsgericht dahin eingeleitet worden. Der erste Termin ist auf den 28. December I. J. bereits anberaumt. Die verlagerten Bahnen sind: Alsfeld, Elisabeth, Franz-Josef, Siebenbürgische, Ungar-Galizische und Vorarlberger Bahn. Die Summe der eingelagerten Coupons ist eine sehr bedeutende, so z. B. von der Franz-Josef-Bahn allein über 20,000 Stück.

Wien, 14. Novbr. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahnen] betrugen in der Woche vom 1. bis zum 7. November 238,644 Fl., ergaben mitin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 48,604 Fl.

Frankfurt a. O., 14. Nov. [Mehbericht.] Winter-Rockfeste, wie solche in Guben, Luckenwalde, Leipziger &c. gearbeitet werden, fanden genügende Anerkennung und wurden bald ausverkauft, da nicht viel am Platze waren. Hervorragend gingen dunkelblau, dunkelbraun und dunkelgrau, von welchen Gattungen viel nachbestellt wurden. Schwere Satins wurden ziemlich vergriffen, sowie Croissés und Tricots in besserer Ware. Düffels erhielten sich in angemessenem Preise, woran Satins partizipierten. Die betreffenden Fabrikanten haben allerdings durchschnittlich sehr schwache Geschäfte gemacht und haben die Messe sehr unzufrieden verlassen. Einzelne haben allerdings Aufträge erhalten, das jedoch wenig zur Besserung der Geschäftslage beitrug. Die anwesenden Großfirmen aus Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Hamburg &c. laufen aus dem Grunde sehr wenig, weil überhaupt wenig gute Ware am Platze war. In Bützins ging es gleichzeitig sehr schwach, obgleich Werdau, Grimmaischau, Coswig i. A. &c. Schönes aufzuweisen hatten und sich schon vor der Messe großer Bestellungen erfreuten. Im Ganzen genommen war der Verlauf der Messe sehr schwach und sämmtliche Fabrikanten sehr früh abgereist.

Julius Kornic.

Wien, 13. Nov. [Schlachthiemarkt.] Obgleich der heutige Auftrieb wie der Vorwoche geringer war, vermochten die Eigner bei dem Umstande, daß die Fleischhauer noch mit Vorräthen versehen waren, dennoch keine höheren Preise zu erzielen und bewegte sich das ganze Geschäft auf dem Niveau der Vorwoche. Vorhanden waren 3247 Stück Kinder, und zwar 1642 ungarische, 1053 galizische und 547 deutsche Sorten. Wir notiren: ungarische Mat

Berliner Börse vom 14. November 1876.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Fonds- und Geld-Course.
Censellirte Anleihe. 47/4 104 bz
do. do. 1876 97 B
Staats-Anleihe. 4 96,75 bz
Staats-Schuldscheine. 37/4 93,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 37/4 137,50 bzB
Berliner Stadt-Oblig. 47/4 101,80 bzG
do. Obligationen 5 100,90 bz
Pommersche 37/4 83 B
Posensche neue. 4 9 G
Schlesische 37/4 84,40 bz
Kur. u. Neumärk. 4 94,10 bz
Pommersche 4 94,10 bzB
Preussische 4 95 bz
Westfäl. u. Rhein. 4 99 bz
Sächsische. 4 96 bz
Schlesische. 4 96,10 bz
Badische Präm.-Anl. 4 116,75 bzG
Bairische 4% Anleihe 4 120 bzG
Görl.-Mind. Prämienach. 37/4 168,10 bz
Kurh. 40 Thaler-Loose 251 bz
Badische 35 Fl.-Loose 132,90 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 82,90 bz
Oldenburger Loose 132,50 bz

Ducaten —	Fremd. Bkn. —
Sover. 20,35 G	einLil.-Sip. —
Napoleons 16,23 G	Oest. Bkn. 163,30 bz
Imperials 16,68 G	Russ. Bkn. 286 bz
Dollars 145 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob. 5	102 bzB
Unkb. Pfd. d.Pr.-B. 47/4 99 bz	
do. do. 100,50 bz	95,75 bz
Deutsche Hyp.-Pfd. 47/4 101 bzG	
Kändbr. Cent.-Bod.-Cr. 47/4 100,10 G	
Unkund. do. (1872) 5 100,90 bz	
do. rückz. u. 110 5 105,75 bzG	
do. do. 95,25 bz	98,25 bz
Unk. H.d.Pd.-Bd.-Cr. D. 5	—
do. III. Em. 5 102,60 bzG	
Kündbr. Hyp.-Schuld. do. 5 100,25 G	
Hyp.-Anth.-Nord.-G.C. 5 101,10 bzG	
do. do. Pfandbr. 5 101,40 bzG	
Pomm. Hyp.-Briefe. 5 105 G	
do. II. Em. 5 101 bzG	
Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5 107,50 bz	
do. II. Em. 5 105 bz	
do. 5% Pfd.-Kzbr.m. 118 5 101 bz	
do. 4% do. m. 110 47/4 95,25 bz	
Meiningen Präm.-Pfd. 4 103 bzB	
Oest. Silberpfandbr. 5 33 bz	
do. Hyp.-Crd.-Pfd. 5 —	
Pfd.-d.Oest.-Bd.-Cr.-G. 5 —	
Schles. Bodemcr.-Pfd. 5 94 G	
Südd. Bod.-Cred.-Pfd. 5 101,75 bzG	
do. do. 4% 4% 4% 9 G	
Wiener Silberpfandbr. 5 —	

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente. 41/4 53,70 bz
1/4,1/4, u. 1,1/4,100 53,80
do. Papierrente. 41/4 [bz]
1/4,1/4, u. 1,1/4,111 50,10 bzB
do. 5% Präm.-Anl. 4 90,50 G
do. Lott.-Anl. 6. 5 94,75 bzG
do. Credit-Loose. —
do. 64er Loose. 250 bzB
Easta. Präm.-Anl. v. 64 5 140 bz
do. do. 1865 5 135 bz
do. Bod.-Crd.-Pfd. 5 78 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd. 5 79,25 bz
Russ.-Poln. Schatz-Ohr. 4 —
Poin. Pfndbr. III. Em. 4 —
Poin. Liquid.-Pfandbr. 4 62,25 bz
Amerik. rückz. p. 1881 6 104,20 B
do. do. 1885 6 99,90 bz
do. 5% Anleihe. 5 102,10 bzG
Französische Rente. 5 69,90 bzG
Ital. neue 5% Anleihe. 5 100,90 B
Raab-Grazer 100 Thlr. 4 65,60 G
Europäische Anleihe. 8 88 ethG
Türkische Anleihe. 5 9,30 bzB
Ung. 5% St. Eisenb.-Anl. 5 —
Schwedische 10 Thlr.-Loose. —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,40 bz
Türken-Loose 26 G

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Berg.-Märk. Serie II. 47/4 83,10 bzB
do. III. v. 8t.34g. 37/4 96,75 bzG
do. do. VI. 47/4 100,50 bz
do. Hess. Nordnahm. 5 103 G
Berlin-Görlitz. 5 102 G
do. do. Lit. C. 47/4 —
Breslau-Freib. Lit. D. 47/4 98,50 G
do. do. E. 47/4 —
do. do. F. 47/4 —
do. do. G. 47/4 95 bz
do. do. H. 47/4 90 G
do. do. J. 47/4 90 bz
do. do. K. 47/4 89 G
do. von 1876 5 97,50 bzB
Clin-Minden III. Lit. A. 4 91 B
do. Lit. B. 47/4 99,75 bz
do. IV. 4 91,50 G
Halle-Sorau-Guben. 5 100,30 G
Hannover-Altenbeken. 47/4 101 B
Märkisch-Posen. 5 95,75 bzE
N. M. Staatsb. I. Ser. 4 —
do. do. Obr. I. Ser. 4 —
do. do. ObI. I. u. II. 4 96 B
do. do. III. Ser. 4 95,50 B
Obersches. A. —
do. B. 37/4 —
do. C. 4 —
do. D. 4 91,25 B
do. E. 37/4 84,30 G
do. F. 47/4 100 G
do. G. 47/4 99,40 bz
do. H. 47/4 100,40 B
do. von 1869. 5 101,80 bz
do. von 1873. 4 —
do. von 1874. 4 97,60 B
Brig.-Neisse 47/4 —
do. Cossel-Oderb. 4 —
do. do. 102,50 G
do. do. II. Em. 47/4 98,50 G
do. do. III. Em. 47/4 98,50 G
do. Ndrslz. Zwg. 37/4 —
Ostpreuss. Südbahn. 5 —
Rechte-Oder-Ufer-B. 5 100,10 bzG
Schles. Eisenbahn. 47/4 99,25 G
Chemnitz-Komotau. 5 86 G
Dux-Bodenbach. 5 49 B
do. II. Emission. 5 37 bzB
Prag-Dux. fr. 20 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn. 5 79 G
do. do. neue 5 77,40 bz
Kaschau-Oderberg. 5 52,60 bzG
Ung. Nordostbahn. 5 50 bz
Ung. Ostbahn. 5 46,10 bzG
Lemberg-Czernowitz. 5 62,10 G
do. do. II. 5 62 G
Mährische Grenzbahn. 5 55,50 bz
Mähr.-Schl. Centralb. fr. 16 G
do. do. II. fr. —
Kronpr.-Rudolf-Bah. 5 61 bzG
Oester.-Französische 3 316,50 bzG
do. südl. Staatsbahn 3 235,20 bz
do. neue 2 234,60 G
do. Obligationen 5 76,50 bz
Warschau-Wien II. 5 93,25 G
do. III. 5 89,50 bzG
do. IV. 5 81,50 bzG
V. 5 76,50 bzB

In Liquidation.

Berliner Bank 0 —
Berl. Bankverein 4% 0 fr. —
Berl. Lombard-B. 0 — fr. —
Berl. Prod.-Makl. B. 0 — fr. 55 G
Berl. Wechsel-B. 0 — fr. —
Centralb. f. Genos. 0 — fr. 25 G
Deutsche Unionsb. 3 0 fr. 51,50 bz
Leipz. Disc.-Bk. 0 — fr. 21,25 G
do. Prod.-u.Hds. Bk. 7/4 0 fr. 97,40 bz
Bresl. Disc.-Bk. 4 0 fr. 67,25 Q
Bresl. Makl. B. 0 — fr. —
Bresl. M. k. Ver. 3/4 0 fr. 72 bzG
Bresl. Wechsel-B. 4 0 fr. 68 bzG
Coburg. Cred.-U. 47/4 0 fr. 68 bzG
Darmst. Credit-Bk. 10 0 fr. 161,75 bz
Darmst. Zettelbk. 6% 0 fr. 94,70 bz
Deutsche B. 5 0 fr. 80,50 bzG
do. Hyp.-B. Berlin 7/4 0 fr. 93 bzG
Disc.-Comm.-Anth. 12 0 fr. 109,75 bz
do. ult. 12 0 fr. 109,25-9,25 bz
Genossens.-Bnk. 6 0 fr. 87,50 G
do. junge 6 0 fr. 92 G
Gwb. Schuster-u. C. 0 fr. —
Goth. Grundcredb. 9 0 fr. 190 bzG
Hamb. Vereins-B. 11/4 0 fr. 117,50 G
Hannov. Bank. 62/4 0 fr. 102 G
Königsb.-Ver.-Bank 5/4 0 fr. 80,50 bz
Lindw.-B. Kwieckle 6/4 0 fr. 62 G
Leipz. Cred.-Aust. 9/4 0 fr. 108 B
Luxemburg. Bank 9 0 fr. 96 B
Pr. Bod.-Cr.-Crd. 8 0 fr. 102,25 bz
Meiningen do. 4 0 fr. 71 G
Moldauer Lds.-Bk. 3 0 fr. —
Nordb. Bank. 10 0 fr. 126 G
Nordb. Grundcr.-B. 9/4 0 fr. 99,25 bzG
Oberlausitzer Bk. 2 0 fr. 45,25 bz
Oest. Cred.-Action 6% 0 fr. 231-29,25
Posner Prov.-Bank 6 0 fr. 97,50 G
Pr. Bod.-Cr.-A. 8 0 fr. 94,70 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd. 9/4 0 fr. 116,25 bz
Pr. Bod.-Cr.-Crd. 9/4 0 fr. 123 B
Sächs. Bank. 5 0 fr. 92,25 B
Sächs. Bank-Verein 6 0 fr. 87 bzG
Schl. Vereinsbank 6 0 fr. 72,25 B
Thüringer Bk. 6 0 fr. 84,75 B
Wismar. Bank. 5 0 fr. 43 bzG
Wiener Unionsb. 5 0 fr. 85,75 B

Industrie-Papiere.

Berl.Eisen.-Bd.-A. 7/4 0 fr. 138 G
D. Eisenbahn-G. 0 fr. 6,75 G
do. Reichs-u. Co. 0 fr. 64,75 G
Märk.Sch.Masch.G. 0 fr. 12,50 G
Nordb. Gummifab. 5/4 0 fr. 51,50 G
do. Papierfab. 0 fr. —
Westend. Com.-G. 0 fr. 3,90 G

Pr. Hyp.-Vera.-Act.

189/5 18 4 123,35 G

<tbl_r cells="1" ix="1" maxcspan="1" maxrspan="1